

Nushasi 5 Krustur

ABONE

(Posta ücreti dahil olmak üzere)

DAHİL İÇİN	HARİÇ İÇİN
Aylık Türk Lirası 1.50	R. M. 5.-
Üç aylık " " 4.25	" " 13.-
Altı aylık " " 8.-	" " 25.-
Bir senelik " " 15.-	" " 50.-

yahut mükabılı.

İdarehane

Tekke Caddesi No. 585 ve 587.

Telegraf adresi: Türkpost.

Telefon: Beyoğlu 209 ve 210.

Posta Kutusu: Galata 269.

Türkische Post

Preis der Einzelnummer: 5 Krug

BEZUGSPREISE:

	Inland	Ausland
für 1 Monat T. Pfd.	1.50	R. M. 5.-
" 3 Monate "	4.25	" 13.-
" 6 Monate "	8.-	" 25.-
" 12 Monate "	15.-	" 50.-

oder Gegenwert

Geschäftsleitung:

Tekke-Strasse Nr. 585-587.

Drahtanschr.: Türkpost.

Fernspr.: Beyoğlu 209 u. 210.

Postfach: Galata 269.

5. Jahrgang Nr. 254

Tageszeitung für den Nahen Osten

Stambul, Montag, 15. Sept. 1930

Organ der Deutsch-Türkischen Vereinigung, Berlin, der Türkisch-Deutschen Handelskammer, Hauptstadt Frankfurt a. M. und der Deutschen Handelskammer in Wien.

Der Staatspräsident.

Der Staatspräsident empfing vorgestern in seiner Residenz in Dolma Bagtsche den Präsidenten der G.N.V. Kiasim Pascha, den Führer der liberalen Partei, Fethi Bey und den Generalsekretär der liberalen Partei Nuri Bey in Audienz.

Vom Ministerrat.

Der Finanzminister Sarandoglu Schükrü Bey ist vorgestern in Ankara eingetroffen. Im Anschluss daran fand sofort eine Sitzung des Ministerrats statt, um den Bericht des Finanzministers über die Ergebnisse seiner Europareise entgegenzunehmen.

Deutsch-Türkischer Handelsvertrag.

Wie nachträglich aus Berlin gemeldet wird, tritt der deutsch-türkische Handelsvertrag bereits am 25. dieses Monats, nicht, wie erst gemeldet wurde, am 26. dieses Monats in Kraft.

Erklärungen Reschid Galib Beys.

Der Abgeordnete von Aidin, Reschid Galib Bey, hat der Zeitung Milliyet die Gründe über sein Ausscheiden aus der liberalen Partei auseinandergesetzt. Wir entnehmen diesen Erklärungen folgende Sätze:

„Ich habe mich aus der liberalen Partei zurückgezogen, weil ich davon überzeugt bin, dass die Beibehaltung des Systems einer einzigen Partei wenigstens noch für einige Zeit günstiger ist. Trotzdem besteht die Notwendigkeit mehrerer Parteien. Die letzten Vorkommnisse in Smyrna sind der förmliche Beweis dafür.“

Es besteht kein Unterschied zwischen den politischen Prinzipien der beiden Parteien. Die Grundsätze sind die gleichen. Die Tatsache, dass die Kundgebungen der beiden Parteien einen Enthusiasmus hervorgerufen haben, der sich bis zum Blutvergießen ausgewachsen hat, beweist, dass man seine Kaltblütigkeit verloren und die Grundprinzipien der beiden Parteien, die die gleichen sind, vergessen hat. Ich sehe keine Notwendigkeit zum Blutvergießen. Ich bin von der Wendung der Dinge durch die Vorkommnisse in Smyrna stark berührt worden, und ich habe die Ueberzeugung gewonnen, dass die neue Partei zu nichts nütze ist. Wenn die örtlichen Behörden die Verantwortung zu diesem mit dem Ruf und mit der Erziehung des türkischen Volkes unvereinbaren Agitationen gewesen sind, so werde ich alles tun, was in meiner Macht steht, um bei der Eröffnung der G.N.V. sie zur Verantwortung ziehen zu lassen. Die Mühe, die Auffassung von der Notwendigkeit mehrerer Parteien zu verbreiten, hat dem Lande einen wichtigen Dienst erwiesen. Es ist aber unzweifelhaft notwendig, dass die beiden Parteien gemässigt und sachlich bleiben, wenn diese Initiative von Nutzen sein soll.“

Ich werde von nun an in der G.N.V. als unabhängiger Abgeordneter arbeiten. Wenn sich mir andere Abgeordnete anschließen, dann werde ich mit ihnen zusammenarbeiten, wenn nicht, werde ich den Weg verfolgen, den mir mein Gewissen und meine Ueberzeugung vorschreiben. In allen Kreisen greift immer mehr eine Welle der Unruhe und des Pessimismus Platz. Es ist unbedingt notwendig, diese übertriebenen Gefühle zu beruhigen, die die Nation in die Verzweiflung treiben und ihr das Vertrauen zu sich selbst rauben. Die schlechte Finanzlage ist unzweifelhaft vorhanden. Die Steuern sind schwer. Es besteht auch die unbedingte Notwendigkeit der Anwendung einer strengen Disziplin, um die Revolution einzuwickeln und sich ausbreiten zu lassen. Ist es aber notwendig, sich durch Aufregtheit und Nervosität fortzureissen zu lassen, um diesem Uebelstande abzuhelfen? Die Leiden, die wir in der Zeit vom Waffenstillstand bis zum Siege von Smyrna erduldet haben, sind sie grösser gewesen, als die, denen wir heute ausgesetzt sind? Der Mann, der in diesen schweren Tagen der Nation den Sieg versprochen hatte und der sein Wort gehalten hat, wacht der nicht mehr über uns? Es genügt, sich an diese Tatsache zu erinnern, um unsere Gefühle zu beruhigen und jede Verzweiflung auszuschalten.“

G.N.V. zum 22. September einberufen.

Ein Schreiben des Ministerrats.

Die gestern von uns gebrauchte Nachricht über die bevorstehende Einberufung der G.N.V. zur Vorlage einiger von der Regierung ausgearbeiteter Gesetze bezüglich der gegenwärtigen Lage auf dem Geldmarkt hat sich bestätigt.

Der Ministerrat hat an den Staatspräsidenten folgendes Schreiben gerichtet:

An seine Exzellenz den Präsidenten der Republik.

Exzellenz werden gewiss nicht verkennen, dass die Regierung sich besonders seit einem Jahr bemüht, den Wert des türkischen Geldes zu erhalten. Die Regierung hat zu diesem Zwecke eine Anzahl Massnahmen getroffen, die die nationale Wirtschaft schützen und die die Billigung der G.N.V. gefunden hat.

Es ist gewiss, dass die Nation grössten Scharfblick auf den Gebiete der Sparsamkeit und der Produktion gezeigte hat. Die rasch in diesem Sinne getroffenen Massnahmen einerseits und die dank der Entwicklung der Produktion erzielte glückliche Ergebnisse andererseits haben die Besorgnisse über die Möglichkeit einer Baisse der türkischen Währung zerstreut.

Angesichts der durch die Ueberproduktion und die Ausfuhr entstandenen Lage, zeigt nunmehr der Wert unseres Geldes eine steigende Tendenz. Die Regierung ist überzeugt, dass es im Interesse der wirtschaftlichen Lage des Landes unabweisbar ist, die Stabilität unserer Devisen, an der seit Monaten gearbeitet wurde, gehalten wird.

Sie hat sich auch entschlossen, Massnahmen anzuwenden, soweit es ihre Befugnisse erlauben und hat auch zu diesem Zweck die Ansicht von Sachverständigen eingeholt. Die Regierung hält diese durch die Ueberproduktion und die Ausfuhr geschaffene Lage für einen begrüssenswerten Faktor zu Gunsten des Landes, ist aber der Ansicht, dass die für diese Lage erforderlichen Massnahmen ihre Befugnisse überschreiten und hat sich daher entschlossen, dem Gesetze gemäß an die G.N.V. heranzutreten.

In Anbetracht der Dringlichkeit des Falles hält sie die Notwendigkeit einer sofortigen Einberufung der G.N.V. für gegeben.

(Unterschrift aller Minister)

Auf dieses Schreiben hin fällt der Staatspräsident folgende Entscheidung: „Ich stimme dem Vorschlag des Ministerrates bei und fordere gemäß Art. 19 die G.N.V. auf, sich am 22. September, Montag, zu einer Sitzung zu versammeln.“

Gasi Mustafa Kemal Präsident der Republik.

Erklärungen Kiasim Paschas.

Der Präsident der G.N.V. Kiasim Pascha gab der Presse bezüglich der Einberufung der G.N.V. folgende Erklärungen: „Ich beabsichtige Freitag oder Sonnabend nach Ankara abzureisen. Ob die Kammer ihre Arbeiten nach der Diskussion und nach der Erledigung der Angelegenheit, die zu ihrer Einberufung geführt haben, fortsetzen wird oder nicht, hat die Kammer selbst zu entscheiden. Im Augenblick gibt es nur einen freien Abgeordnetensitz und zwar den, der durch die Versetzung Dschemal Hüsnü Beys entstanden ist.“

Weitere Verhaftungen in Smyrna.

Der Chefredakteur der Zeitung „Jeni Asir“, Behsat Arif, und der verantwortliche Schriftleiter Abdullah Abedin, der Chefredakteur der Zeitung „Hismet“, Seinel Bessim, und der verantwortliche Schriftleiter Bedri, der Chefredakteur der Zeitung „Halkin Sesi“, Sirri, und der verantwortliche Schriftleiter Omer Fuat Bey wurden vorgestern wegen Verächtlichkeit aufreizender Artikel und Beleidigung von Regierungspersonen verhaftet. Die Verhafteten wurden ins Untersuchungsgefängnis eingeliefert. Ausser diesen Journalisten sind noch 14 andere Personen in Haft, welche wegen dem gleichen Vergehen ebenfalls vor Gericht gestellt werden.

Von den Parteien.

Die liberale Partei hat bis jetzt Filialen in Smyrna, Denizli, Aidin, Alaschehir, Manissa, Balikessir, Panderna, Brussa, Kizilirmak, Tekirdagh und Adrianopel eingerichtet.

Der Führer der liberalen Partei, Fethi Bey, beabsichtigt nach einem Aufenthalt von 10 Tagen in Stambul, eine Reise nach Adana zu machen und im Anschluss daran die Küstenstädte am Schwarzen Meer zu besuchen.

Ende der Oskämpfe.

Ankara, 14. Sept. (A.A.)

Die Massregelungsoperationen im Ararat-Gebiet haben mit der völligen Vernichtung der Banden ihr Ende gefunden, wobei zahlreiche Führer der Banden den Tod gefunden haben. Die Truppen, die für die Aufnahme der versprengten Bandenreste und der Ueberbleibsel, die sich in Höhlen und an unwegsamen Stellen versteckt halten, gebildet wurden, setzen ihre Absuchungsarbeiten fort. Die Operationen selbst sind beendet.

Weniseles.

Genf, 14. September (A.A.)

Der griechische Ministerpräsident Weniseles ist heute nach Athen abgereist.

Generalstreik in Barcelona.

Barcelona, 13. September (A.A.)

Aus Vilanueva wird gemeldet, dass die streikenden Arbeiter einer Zementfabrik den Verkehr der Lastautos verhielten. Die Zivilgarde griff ein. Drei Frauen wurden verletzt. Wegen der Haltung der Zivilgarde wurde der Generalstreik ausgerufen.

Die Reichstagswahl.

Vorläufige Ergebnisse.

Berlin, 14. September.

Die bisher vorliegenden Ergebnisse der Reichstagswahl lassen bereits erkennen, dass sich der kommende Reichstag von dem bisherigen stark unterscheiden wird. Die Sozialdemokraten haben fast überall an Stimmen eingebüsst, wogegen die Kommunisten einen erheblichen Mandatszuwachs erzielen werden. Die Einbusse der sogenannten bürgerlichen Parteien (Deutschnationale, Volkspartei, Wirtschaftspartei, Staatspartei) ist ausserordentlich hoch und geht in vielen Wahlkreisen bis zur Hälfte und darüber. Das Zentrum konnte seine Wählerzahl ungefähr behaupten. Die neue Konservative Partei ist fast nirgends stark zur Geltung gekommen. Die grössten Gewinne dürften die Nationalsozialisten für sich buchen, die oft das vier-, fünf- und sogar zehnfache ihrer Stimmzahl erreichten. Sie dürften nach den Sozialdemokraten als stärkste Partei mit erheblich mehr als 100 Mandaten in den Reichstag einziehen.

Die Wahlbeteiligung war durchweg rege, sie betrug im Durchschnitt etwa 80-85 pCt., an manchen Orten sogar bis 97 und 98 pCt. Die bis Mitternacht vorliegenden Gesamtzahlen umfassen etwa ein Drittel aller deutschen Wahlberechtigten und zeigen folgendes Bild:

	bisher. Stimmzahl	bisher. Mandate
1. Sozialdemokraten	3.920.000	65
2. Deutschnationale	1.175.000	19
3. Zentrum	1.835.000	30
4. Kommunisten	2.323.000	38
5. Volkspartei	890.000	14
6. Staatspartei	570.000	9
7. Wirtschaftspartei	605.000	10
8. Bayer. Volkspartei	300.000	3
9. Nationalsozialisten	2.900.000	45
10. Deutsches Landvolk	270.000	4
11. Konservative Volkspartei	190.000	3

Aus der türkischen Presse.

In Milliyet schreibt Mahmut Bey, daß die diesjährige Produktions- und Exportlage des Landes eine schnellere Heranbringung der Gesetze erheische, die für die Hebung der Produktion und die Herabsetzung der Produktionskosten in dem vorjährigen Wirtschaftsprogramm der Regierung erwähnt werden. Mahmut Bey führt aus, dass die diesjährige Ernte qualitativ und quantitativ weit besser als die vorjährige ausgefallen sei, aber dies dem Bauern durch die schlechte Preisgestaltung nicht in entsprechender Weise zu gute kam.

Der Zeppelin in Genf.

Berlin, 14. September.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ landete heute nachmittag gegen 4 Uhr auf dem Flugplatz in Genf. Der Führer des Luftschiffes, Eckener, wurde vom Präsidenten der Völkerbundstagung, vom Reichsaussenminister Dr. Curtius und von anderen Delegierten bei der Landung begrüsst.

Blutige Zusammenstöße in Polen.

Warschau, 14. September.

In Warschau kam es anlässlich von Protestkundgebungen gegen die Verhaftung oppositioneller Abgeordneter zu blutigen Zusammenstößen zwischen den Demonstranten und der Polizei, wobei ein Demonstrant getötet und vier Polizeibeamte verletzt wurden. Auch aus mehreren Provinzstädten wurden Zusammenstöße wegen der überall erfolgten Kundgebungen gemeldet. In Krakau und in Lemberg wurden zwei weitere oppositionelle Abgeordnete verhaftet.

Blutige Zwischenfälle in der Dobrukscha.

Bukarest, 14. September.

Die zwischen der bulgarischen Bevölkerung der Dobrukscha und den von der rumänischen Regierung dort angesiedelten mazedonisch-rumänischen Kolonisten bestehende Spannung wurde vor zwei Tagen durch den Mord an zwei mazedonisch-rumänischen Kindern verschärft, an dem angeblich bulgarische Komitatshilfen die Schuld tragen sollen. Das rumänische Innenministerium hat trotz Vorstellungen der mazedonischen Rumänen jede antibulgarische Demonstration bei dem Leichenbegängnis der Opfer verboten, um eine weitere Erregung und auch ausserpolitische Rückwirkungen zu vermeiden. Trotz allen Vorsichtsmaßnahmen wurden aber am Begräbnistage zwei Bulgaren, die in einem Wagen über Land fuhren, in der Nähe von Silistria von vier mazedonischen Rumänen angegriffen. Der eine Bulgar wurde getötet, der andere schwer verletzt. Die rumänische Regierung hat eine strenge Untersuchung und eine Verschärfung der Grenzmaßnahmen angeordnet.

Erdbeben in Griechenland.

Athen, 14. September (A.A.)

Am 12. September hat der Seismograph des Observatoriums in Athen 12 Erdstöße verzeichnet. In der Gegend von Korinth waren die Beben heftig. Aus mehreren Dörfern werden Schäden gemeldet. Einzelheiten fehlen noch.

Kommunismus in China.

Von Dr. Friedrich Otte, Professor a.D. Reichsuniversität Peking

Der Kommunismus in China ist, wenn man so will, so alt wie China selbst. Er taucht als Ideal immer wieder auf; Sun Yat-sen nimmt selbst den ehrwürdigen Konfuzius als eine Art Kommunisten in Anspruch. Dieser Kommunismus kommt in Zeiten der Unordnung und verschwindet, sobald wieder Ordnung herrscht. In der Praxis ist er ein Ausdruck für die Verzweiflung ausgehungerter und gepeinigter Massen. Ueberdies hat er nach uralter Auffassung, die sich Sun ebenfalls zu eigen machte, in den Zeiten paradiesischer Eintracht, die es in China ebenfalls gegeben haben soll, als Grundlage der Wirtschaftsordnung gedient, was seitdem nie wieder der Fall, wenn auch häufiger gewollt war. Auch Menzius, der alte Staatsphilosoph, schlägt sich ähnlich wie Sokrates in Zwiesgesprächen — mit einem Kommunisten herum, der von Arbeitsteilung zwischen Regierenden und Regierten nichts wissen will, sondern jeden als Bauer den eigenen Kohl bauen lassen will. Kein Wunder, dass solche Heilslehren, auch wenn sie nicht mehr in die Zeiten passen, in Zwischenräumen von Jahrhunderten immer einmal wieder lebendig werden.

Das jetzige Durchbrechen der Theorien in China geht allerdings in der Hauptsache darauf zurück, dass sich Sun Yat-sen 1924 aus politischer Ueberlegung, die sein Gefühls- und Gedankenleben stark beeinflusste, den Russen zuwandte und einerseits zwar die Klassenkampf- und Mehrwerttheorie verworf, andererseits aber die Kommunisten als Kampfbrüder gegen die westlichen „Imperialisten“ auch in seinen Schriften willkommen hiess. Die Kuomintang, die dann ab 1926 China durch „Waffengewalt“ „einigte“, baut bekanntlich auf Suns Lehren auf, nicht aber auf denen von Lenin und Marx. Leider machten sich gleich nach der „Einigung“ Chinas 1929 im März gelegentlich des dritten Volkongresses der Kuomintang theoretische Gegensätze deutlich bemerkbar, aber auch Machtgegensätze. Seitdem traten eine linke und eine rechte Gruppe neben eine Mehrheit der Mitte, die heute in China herrscht. Die Linksradikalen konnten sich zuletzt nur noch auf einige Heerestrümmer im Süden stützen, nachdem ihnen im April 1929 ihre Hauptstütze, Hupeh mit Hankow, entrissen war. Die Rechtsgruppe blieb im Norden, fast ohne Einfluss, da die Provinzgouverneure dort sich wenig um die Kuomintang kümmerten.

Als nun aber zwischen Nanking und der Nordpartei im April dieses Jahres ein neuer Kampf ausbrach, der schwerer seit 1911, ergab sich für die Nordpartei die Notwendigkeit, ein politisches Programm aufzustellen, teils für die Gebildeten, teils für das Ausland. Der Gegensatz zwischen Nord und Süd war ein Tatbestand von allerhand Art, man wusste also im Norden nur, was man nicht wollte — nämlich Herrschaft des Südens —, nicht aber, was man wollte und was man als nächstes Ziel aufstellen sollte. Hieraus entstand das Bestreben, mit dem linken Flügel der Kuomintang Fühlung zu nehmen. Mit der Ankunft von Wang Dching-wei in Peking (Peking) Ende Juli scheint dann nach monatelangem Verhandeln eine Einigung formaler Art erreicht zu sein.

Wie steht es um das neue Programm? Hier hat man zu unterscheiden zwischen dem, was nicht gesagt, und dem, was gesagt wird. Sehr scharf betont letzthin auch die Linksgruppe des Nordens in der Presse, dass sie durchaus nicht kommunistisch eingestellt sei. Ja, man beschuldigt sogar die Nanking Regierung, sie hielte es aus taktischen Gründen mit den chinesischen Kommunisten im mittleren Yangtseki; ein Geheimbündnis sei abgeschlossen worden. Dasselbe behauptet die Nanking Regierung von Wang Dching-wei und von Feng Yuhsiang (dem ehemals christlichen General), also von der Nordpartei und lässt dies im Ausland verbreiten.

Will man diesen Meldungen Glauben schenken, so streiten also sämtliche Kuomintanggruppen jede Gemeinschaft

...

...